

Polizei: Opfer nicht in Lebensgefahr

Mordversuch Mit einem Stich in den Oberkörper wird eine 17-Jährige schwer verletzt. Es gibt ein Video der Bluttat.

Laupheim. Der Gesundheitszustand der in Laupheim niedergestochenen 17-Jährigen ist stabil. Das sagte ein Polizeisprecher am Sonntag. Die aus Libyen stammende Jugendliche war am vergangenen Dienstag mit einem Messerstich in den Oberkörper lebensgefährlich verletzt worden. Ihr Ehemann nach islamischem Recht und ein Bruder des Opfers wurden festgenommen. Gegen den Bruder läuft zudem ein Verfahren wegen Beihilfe zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

Die 17-Jährige habe sich von ihrem Mann trennen wollen, hieß es. Der 34 Jahre alte Mann und der 20-jährige Bruder der Schwerverletzten sind wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft. Die 17-Jährige ist noch nicht vernunftsfähig, Lebensgefahr bestehe nicht mehr.

„Bild.de“ veröffentlichte am Samstag ein Video, das den Bruder der Jugendlichen bei der Tat zeigen soll. Zu hören sind Drohungen und eine wimmernde Frau. Nach der Tat sei der kurze Film als Drohung an einen neuen Bekannten der schwangeren 17-Jährigen geschickt worden, hieß es. Das Video wurde wieder von der Internetseite genommen. Die Polizei wollte sich nicht dazu äußern. Man vernehme Freunde und Verwandte. Dabei spiele auch der kulturelle Hintergrund der drei eine Rolle: Die 17-jährige Libyerin und der 34-jährige Syrer waren nach islamischen Recht verheiratet, nicht aber nach deutschem. Sie waren beide als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen.

Auf dem Schirm

Gegen den Bruder des Opfers läuft ein Verfahren wegen Beihilfe zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und uneidlicher Falschaussage. Erst kurz vor der Tat wurde der 20-Jährige aus der Untersuchungshaft entlassen. Laut „Stuttgarter Nachrichten“ sei der festgenommene Libyer „auf dem Schirm“ des Sonderstabs von Innenminister Thomas Strobl (CDU), der sich um die Abschiebung von besonders kriminellen Ausländern und Gefährdungen kümmern soll. *dpa*



Tatort: Das Wohnhaus in Laupheim. Foto: Ralf Zwiebler

Lieber in die Wirtschaft

Arbeit Die öffentliche Verwaltung sucht händeringend Personal. Besonders gefragt sind Bauingenieure und Erzieher. Die Situation dürfte sich noch weiter zuspitzen. Von David Nau

Iris Huber steht sich an diesem Samstag den dritten Tag in Folge die Beine in den Bauch. Auf der Ulmer Bildungsmesse, der nach eigenen Angaben größten im ganzen Land, versucht die Mitarbeiterin der Zentralstelle Ausbildung der Stadt Ulm Nachwuchskräfte für eine Karriere bei der Stadtverwaltung zu begeistern. Keine einfache Aufgabe: Um sie herum bühnen über 250 andere potenzielle Arbeitgeber um die Gunst von jungen Menschen. Erzieher, Straßenwärter, Informatiker oder Verwaltungsfachangestellte – Bewerber für die freien Stellen im Ulmer Rathaus sind rar. „Vor allem bei den technischen Berufen haben wir großen Personalbedarf“, sagt Huber.

„Aufstieg ist im öffentlichen Dienst nicht erkennbar an Leistung gekoppelt.“

Nathalie Behnke
Verwaltungswissenschaftlerin

So geht es nicht mehr nur großen Städten wie Ulm. „Inzwischen ist der Fachkräftemangel auch im Schwarzwald und in Hohenlohe angekommen“, sagt Harald Burkhart. Der Referent für Personalwesen beim Gemeindetag sieht vor allem in zwei Berufsgruppen großen Mangel: Erziehung und Bau. Gerade im Baubereich hätten Städte und Gemeinden „keine Chance mehr“ an Mitarbeiter zu kommen. In den Amtsstuben im Land fehlen zahlreiche Bauingenieure, Architekten und Planer. Die Ursache liegt aus Sicht von Burkhart vor allem in der guten Konjunktur im Baugewerbe. „Früher konnten die Kommunen in schlechten Zeiten wieder Mitarbeiter aus der Baubranche zurückgewinnen“, sagt er. Inzwischen herrsche aber seit Jahren ein regelrechter Boom.

Warum die begehrten Fachkräfte lieber in die Wirtschaft gehen? „Das hat monetäre Gründe“, sagt Burkhart. Mit den normalen Tarifgehältern im öffentlichen Dienst könne man im Wettbewerb um Fachkräfte „nicht mithalten“. Dem stimmt auch Nathalie Behnke zu. „Der öffentliche Dienst hat ein Attraktivitätsproblem“, sagt die Verwaltungswissenschaftlerin von der Universität Konstanz. Neben den Gehältern seien auch mangelnde Karrierechancen ein Grund, sich gegen eine Verwaltungskarriere zu entscheiden. „Aufstieg ist nicht erkennbar an Leistung gekoppelt“, sagt die Professorin. Vielmehr seien abgeseene Dienstjahre ausschlaggebend für eine Beförderung.

Offizielle Zahlen zu unbesetzten Stellen in der öffentlichen Verwaltung gibt es nicht. Die Unternehmensberatungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) schätzt aber, dass bis 2030 rund 231 000 Verwaltungsfachkräfte in Deutschland fehlen werden. „Der



Bauingenieur, Erzieherin, Busfahrer, Straßenreiniger – der öffentliche Dienst sucht Personal. Fotos: © Khakimullin Aleksandr/Shutterstock.com/Giacinto Carlucci/© RioPatuca Images/fotolia.com : Inga Kjer/dpa

Tarifverhandlungen laufen

Seit acht Tagen verhandeln Arbeitgeber und Gewerkschaften über die künftige Bezahlung im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft Verdi und der Beamtenbund dbb verlangen eine Lohnerhöhung von sechs

Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr im Monat. Das würde zum Beispiel für Pflegehelfer oder Straßenwärter, die nur knapp über 2000 Euro bekommen, einen deutlichen Aufschlag bringen. Die Laufzeit soll

nur zwölf Monate betragen. Mehr geben soll es auch für Auszubildende und Praktikanten. Das Forderungspaket enthält zudem eine Angleichung der Jahressonderzahlung im Osten an die im Westen.

Fehler beim Bezahlen von Zulagen

Hochschulen Nach Ludwigsburg und Konstanz werden nun auch Unregelmäßigkeiten in Heidelberg bekannt.

Heidelberg. An der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg sollen Extra-Zahlungen an Professoren falsch vergeben worden sein. Bei internen Untersuchungen seien Unregelmäßigkeiten bei den Leistungszulagen in den Jahren 2005 bis 2013 festgestellt worden, bestätigte eine Sprecherin von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). Konkret geht es um zwölf Fälle.

Bauers Behörde hatte das Besoldungssystem mit den Leistungszulagen zuletzt genauer unter die Lupe genommen. Anlass war eine Zulagenaffäre an der Verwaltungshochschule in Ludwigsburg. Zudem beanstandete das Ministerium an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung in Konstanz die Vergabe von Zulagen. Professoren können neben dem Grundgehalt eine Extra-Zahlung für besondere Leistungen in Forschung und Lehre erhalten. Die Entscheidung darüber treffen die Hochschulen selbst.

Vor dem Hintergrund der Fälle überprüfte das Ministerium die Richtlinien für Professoren-Zulagen. Es wurden 44 staatliche Hochschulen abgefragt. Neben Ludwigsburg und Konstanz gab es an drei Einrichtungen 17 Fälle ab 2005. In den 12 Fällen, die auf Heidelberg entfallen, wurden Zulagen offenbar auf falscher Grundlage gewährt, wie die Sprecherin sagte.

Hochschulrektor Hans-Werner Huneke bestätigte der „Rhein-Neckar-Zeitung“, dass es Unregelmäßigkeiten gegeben habe. *dpa*

Mehr Geld für Kitas

Betreuung Das Land überweist in diesem Jahr mehr als 900 Millionen.

Stuttgart. Das Land fördert die Betreuung von Kleinkindern mit mehr Geld. „Die Zuweisungen zur Kleinkindbetreuung werden in diesem Jahr erstmals deutlich über 900 Millionen Euro liegen“, teilte das Finanzministerium mit. 2019 werde sich das Land voraussichtlich mit mehr als einer Milliarde Euro an den Betriebskosten beteiligen.

Um den Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen voranzubringen, hatten sich Land und kommunale Landesverbände 2011 darauf verständigt, dass das Land sich in größerem Umfang an den Betriebskosten beteiligt. 2016 betrug die Zuweisungen gut 724 Millionen Euro, 2017 waren es rund 824 Millionen Euro. 2018 werden sie auf knapp 932 Millionen Euro steigen. Davon stammen 124 Millionen Euro aus Bundesmitteln. *dpa*

Unglück Pommes-Fritteuse gerät in Brand

Nußloch. Ein Vater hat Pommes für seinen Sohn machen wollen und dabei einen Brand verursacht. Wie die Polizei mitteilte, erlitt der 34-Jährige Verbrennungen an Armen und Hals und atmete giftige Rauchgase ein. Sein zehnjähriger Sohn kam mit dem Schrecken davon. Der 34-Jährige hatte die Pommes in Nußloch in einer Fritteuse zubereitet. Dabei kam es zu einer Überhitzung des Fetts, das in Brand geriet. Ein Versuch, mit Wasser zu löschen, führte zu einer Verpuffung. *dpa*

Mehrweg statt Einweg

Stuttgart. Nicht nur beim Mitnehm-Kaffee, auch bei geliefertem oder mitgenommenem Essen fällt viel Verpackungsmüll an. In Stuttgart beteiligen sich inzwischen 16 Restaurants an einem Mehrwegsystem für Geschirr. Zu Beginn des Tests im Mai 2017 waren es erst neun.

„Es gibt viel positive Resonanz bei den Kunden“, sagt Torben Bechtoldt vom „Recircle-Netzwerk“ Stuttgart. Kunden können die Gerichte in Mehrwegbehälter füllen lassen und das Geschirr dann in einem der Restaurants wieder abgeben, die bei der Aktion mitmachen. *dpa*



Schadstofffrei und wiederverwertbar: Mehrweg-Box für das Essen zum Mitnehmen. Foto: Franziska Kraufmann/dpa

Drei Menschen umgekommen

Neckartenzlingen. Nach einem tödlichen Unfall auf der B 312 bei Neckartenzlingen (Kreis Esslingen) blieb gestern unklar, warum ein 61 Jahre alter Autofahrer am Samstag auf gerader Strecke mit seinem Wagen in den Gegenverkehr und mit mehreren Fahrzeugen zusammengestoßen war. Eine 40 Jahre alte Wohnmobilfahrerin konnte nicht mehr ausweichen und prallte gegen das Auto des 61-Jährigen. Beide Fahrzeuge fingen Feuer. Ein weiteres Fahrzeug fuhr in die Unfallstelle. Der 61-Jährige starb. Seine sechs Jahre alte Enkelin im Wagen wurde schwer verletzt. Auch die Fah-

rerin des Wohnwagens und ihre beiden Kinder, ein dreijähriges Mädchen und ein einjähriges alter Junge, wurden schwer verletzt.

Bei einem Unfall auf der Autobahn 8 bei Wimsheim im Enzkreis sind am Sonntag zwei Menschen ums Leben gekommen. Eine 81-Jährige fuhr nach Polizeiangaben mit hoher Geschwindigkeit in ein Stauende und schob mit ihrem Auto zehn Fahrzeuge ineinander. Ein Ehepaar im Alter von 66 und 67 Jahren starb in einem der Autos. Sieben weitere Unfallbeteiligte wurden verletzt, einige von ihnen schwer. *dpa/eb*